

ARAM ZIAI, FRIEDERIKE HABERMANN

Im Süden nichts Neues

STATT AUSBEUTUNG MIT ALMOSEN:
FÜR EINE EMANZIPATORISCHE POLITIK IN EINER GLOBALISIERTEEN WELT

**Während Sie diesen Satz lesen,
verhungern zwei Menschen.**

100.000 Menschen sterben tagtäglich an den Folgen einer Unterernährung – das sind pro Sekunde mehr als einer.¹ Das ist nichts Neues. Im Gegenteil: Das ist seit Jahrzehnten so. Genau wie seit Jahrzehnten von deutschen Regierungen beteuert wird, man wolle demnächst das in den Siebzigern von den Industrieländern gegebene Versprechen, 0,7% des BSP für Entwicklungshilfe auszugeben, erreichen. Währenddessen wurde von denselben Regierungen die neoliberale Globalisierung vorangetrieben, und in der Verschuldungskrise wurde in vielen Ländern des Südens die entsprechende neoliberale Politik durchgesetzt. Anhand einzelner Bereiche hier einige Beispiele für die Paradoxie einer weltwirtschaftlich abgesicherten Ausbeutung, die mit Almosen verschönt wird:

Schuldenerlass

Selbst die gewährten oder zugesagten rund 90 Mrd. Euro verblassen neben der Gesamtschuld der Länder der Dritten Welt von über 2.300 Mrd., einige hochverschuldete arme Länder blieben bei der Initiative unberücksichtigt, ein beträchtlicher Teil der erlassenen Schulden wurden von den Schuldnern faktisch ohnehin nicht mehr bedient – weshalb für einige Länder überhaupt keine Entlastung zustande kam. Die Rede von einer dauerhaften Lösung der Schuldenkrise erscheint in diesem Kontext als Farce. Ebenso wurde das im nationalen Schuldenrecht selbstverständliche Prinzip, dass die existenziellen Bedürfnisse des Schuldners Vorrang vor den Forderungen der Gläubiger haben, auch im reformierten internationalen Schuldenregime weiter außer Acht gelassen.

1 Vgl. *die tageszeitung* vom 11. Juni 2002, S. 1, nach Berechnungen der UN-Agrarorganisation FAO sowie der Deutschen Welthungerhilfe.

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Die rot-grüne Leitung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat neue Akzente gesetzt durch die Abkehr vom »Gießkannenprinzip«, d.h. durch die »regionale und sektorale Schwerpunktbildung«². Viele BeobachterInnen haben den wenig transparenten Auswahlprozess und die daher willkürlich erscheinende Liste kritisiert sowie die Tatsache, dass viele der ärmsten Länder von einer Zusammenarbeit ausgeschlossen werden.³ Die Schwerpunktländer China, Indonesien und Ägypten illustrieren deutlich, dass der Faktor »Achtung der Menschenrechte« in der Zusammenstellung der Länder keine besonders bedeutsame Rolle gespielt haben kann.⁴ Ausschlaggebend scheinen in diesen Fällen eher die Interessen der deutschen Wirtschaft gewesen zu sein.

Welthandel

In diesem Bereich tritt in der Regel zwar weniger die Bundesregierung, sondern primär die EU-Kommission als Akteur in Erscheinung, dennoch ist davon auszugehen, dass deren Kurs nicht weit von der Position ihres wichtigsten Mitglieds abweicht und gewiss nicht gegen den Willen der BRD gerichtet ist.

Die EU verweist auf die sog. EBA (»Everything-but-arms«)-Initiative, die zunächst einmal den Interessen der armen Länder entgegenzukommen scheint: sie gewährt den LDCs zollfreien Zugang zur EU für fast alle Produkte außer Rüstungsgüter – für die sensiblen

2 Vgl. Bohnet, Michael 2000: »Regionale und sektorale Schwerpunktbildung in der EZ. Die Arbeit an der neuen Länderliste«, in: E+Z, Jg. 41, Nr. 7/8, S. 196-197.

3 Vgl. epd-Entwicklungspolitik, Nr. 21/2000, S. 5.

4 Vgl. Boekle, Henning 2004: »Menschenrechtliche Defizite in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit«, in: Selchow, Ulla/Hutter, Franz-Josef (Hg.) 2004: *Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit*, Wiesbaden, VS-Verlag, S. 107-118, hier S. 115f.

Produkte Zucker, Bananen und Reis, auf die es ankäme, gilt dies allerdings nicht, für sie wurden lediglich längere Übergangsfristen vereinbart. Insgesamt betrifft die Initiative weniger als 0,1% der EU-Gesamtimporte, die EU verzichtet insgesamt auf 7,8 Mio. Euro Zolleinnahmen. Verglichen mit den Schätzungen, dass den Drittweltländern durch den Agrarprotektionismus der EU jährlich etwa 50-70 Mrd. Euro entgehen, lässt sich die Größendimension dieser freundlichen Geste demnach am ehesten mit »peanuts« beschreiben.

Hermes-Bürgschaften

Der Vorwurf der Privatwirtschaftsförderung zu Lasten der Dritten Welt ist in der entwicklungspolitischen Debatte immer wieder gegenüber den Hermes-Bürgschaften geäußert worden. Dabei handelt es sich um Exportkreditversicherungen. Mit anderen Worten: Unternehmen, die für Geschäfte in »risikoreichen Märkten« (sprich Peripherieländern) Kredite aufnehmen, nach dem Export aber (wegen Devisenmangel, Bürgerkrieg oder anderer Umstände) keine Zahlungen erhalten, werden vom Staat fast vollständig entschädigt. Der Staat verwandelt somit die privaten in öffentliche Schulden des Empfängerlandes und versucht sie auf dem üblichen Wege einzutreiben.

Kritikpunkt ist nun seit jeher, dass mit diesem Instrument auch sozial oder ökologisch fragwürdige, teils sogar katastrophale Projekte (Großstaudämme, Rüstungsexporte, ...) gefördert wurden. Daher wurde die Ankündigung einer Reform der Außenwirtschaftsförderung, vor allem der Hermes-Bürgschaften »nach ökologischen, sozialen und entwicklungsverträglichen Gesichtspunkten« im 98er Koalitionsvertrag⁵ in der entwicklungspolitischen Szene sehr positiv aufgenommen.

Die neuen Leitlinien hielten Schröder jedoch nicht davon ab, sich im Oktober 2000 persönlich für eine höchst umstrittene Hermes-Bürgschaft der Bundesregierung für die Firma Siemens einzusetzen, die zu der Zeit beim Bau des Tehri-Staudamms in Indien beteiligt war. Durch diesen Staudamm wurden über 100.000 Menschen in einer der ärmsten Regionen Indiens ihrer Lebensgrundlagen beraubt.⁶

5 Vgl. E+Z, Jg. 39, Nr. 12, S. 327.

6 Vgl. Drillisch, Heide 2003: »Außenwirtschaftsförderung: Kein Preis zu hoch? Die rot-grüne Bundesregierung hat die Förderung für die Auslandstätigkeit deutscher Unternehmen bisher nur halbherzig reformiert«, in: WEED (Hg.) 2003b: *Die Regeln der Reichen. Handels- und Investitionspolitische Report 2003*, Bonn/Berlin, S. 50-53.

Internationaler Währungsfonds/ Weltbank

Ursprünglich nach dem Zweiten Weltkrieg für den Wiederaufbau und zur Verhinderung einer erneuten Weltwirtschaftskrise als keynesianisch orientierte Institutionen gegründet, wurden IWF und Weltbank mit der Schuldenkrise zu den wichtigsten Zwangsinstrumente für eine Durchsetzung der neoliberalen Agenda in den Ländern des globalen Südens.

Selbst das offizielle Ziel des Wachstums wird oft schlechter erreicht als ohne die Befolgung ihrer Richtlinien⁷, und wo es zu Wachstum kommt, dort ist es mit einer polarisierenden Einkommensverteilung verbunden: Reicher werden reicher, Arme ärmer.⁸ Selbst der Nobelpreisträger und frühere Vize-Präsident der Weltbank, Joseph Stiglitz, bezeichnet den IWF als »Sachwalter der Interessen der Finanzwelt«.⁹

Da diese Institutionen nicht demokratisch, sondern gemäß der Kapitalanteile der Länder oligarchisch organisiert sind, hat die deutsche Regierung relativ große Einflussmöglichkeiten. Abgesehen von dem Vorschlag der Entwicklungsministerin, die Stimmrechte der Südländer in der Weltbank von 41 auf 43% zu erhöhen, sind diese bislang nicht in einem kritischen Sinne genutzt worden.

Welthandelsorganisation

Die WTO ist der fortschreitenden Liberalisierung des Handels verpflichtet, ihren Prinzipien zufolge werden dabei hinsichtlich ihrer Wettbewerbsfähigkeit höchst ungleiche Akteure gleich behandelt. Andererseits haben die Industrieländer in Bereichen, bei denen sie nicht konkurrenzfähig gegenüber dem Süden sind (Landwirtschaft, Textilien), protektionistische Ausnahmeregelungen durchgesetzt: Viele Peripherieländer sind demnach in der WTO doppelt benachteiligt.

Des Weiteren haben diese Länder sich – aufgrund der Aussicht auf potenzielle Gewinne bei einem Abbau des Protektionismus Nordens – auf globale Regeln zur Liberalisierung von Dienstleistungen (GATS) und zum Schutz von Patenten (TRIPs) verpflichtet, die primär den Gewinninteressen der multinationalen Unternehmen der OECD-Länder dienen, Banken, Versicherungen und Wasserversorgern beim GATS, Pharma- und »Life Science«-Konzernen beim TRIPs.

In dem Bereich, der den Peripherieländern Wohlstandszuwächse verspricht – Grenzüberschreitung von Dienstleistungspersonal – bleiben hingegen massive

7 Vgl. *IMF Annual Report 1998* sowie *Center for Economic Policy Research Report 2000*.

8 Vgl. *UN-Economic Commission for Africa, 1999* sowie *Development Gap Statement Washington D.C., 1999*.

9 Vgl. Stiglitz, Joseph (2002): *Schatten der Globalisierung*, Berlin, S. 238.

Einschränkungen bestehen: nur den Hochqualifizierten wird der Zugang gestattet. Eine globale Strukturpolitik, die sich den Interessen des Südens verpflichtet sieht, hätte zur Aufgabe, diese Ungleichgewichte abzubauen. Wenn man nun das eigenständige Handeln der Bundesregierung in wichtigen Bereichen der WTO-Verhandlungen in Cancun betrachtet, so ist folgendes festzuhalten: Bei den sog. Singapur-Themen (Investitionen, Wettbewerb, öffentliches Beschaffungswesen, Handelshemmnisse) hat sie gegen den erklärten Widerstand vieler Drittweltländer (und unter Missachtung eines Bundestagsbeschlusses) immer wieder versucht, diese Themen in die neue Runde zu integrieren. Was einen verbindlichen Zeitplan (im Gegensatz zu vagen Absichtserklärungen) für den Abbau der Agrarsubventionen angeht, so kam von deutscher Seite keinerlei Bewegung. In der TRIPs-Frage hat sich die Bundesregierung deutlich gegen eine Aufhebung des Patentschutzes in Notsituationen ausgesprochen.¹⁰ Ungeachtet der Konsequenzen im Süden hat die deutsche Regierung primär deutsche Interessen vertreten.

Milleniumsziele

Nachdem im Jahr 2000 ein Rückgang der Mittel zur Armutsbekämpfung im BMZ-Haushalt konstatiert werden musste und die Ausgaben für Grundbildung auf einen Tiefstand gesunken waren,¹¹ rief die Bundesregierung 2001 das »Aktionsprogramm 2015« ins Leben, das sich den »Millennium Development Goals« verpflichtet sieht, welche auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen 2000 verabschiedet wurden. Diese Ziele sind:

- Ziel 1.** Beseitigung von extremer Armut und Hungers. Die Zahl der Menschen, die von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben, soll um die Hälfte gesenkt werden. Der Anteil der Menschen, die unter Hunger leiden, soll um die Hälfte gesenkt werden.
- Ziel 2.** Verwirklichung der allgemeinen Primärschulbildung.
- Ziel 3.** Förderung der Gleichheit der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen
- Ziel 4.** Senkung der Kindersterblichkeit.
- Ziel 5.** Verbesserung der Gesundheit von Müttern.
- Ziel 6.** Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten.
- Ziel 7.** Ökologische Nachhaltigkeit.
- Ziel 8.** Aufbau einer globalen Partnerschaft für entwicklungspolitische Nachhaltigkeit.

¹⁰ Vgl. Luppe, Tobias 2003: »Schutz der Armen statt Schutz von Patenten«, E+Z, 44(1), S. 9.

¹¹ Deutsche Welthungerhilfe/terre des hommes (Hg.) 2000: *Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe. Achter Bericht 1999/2000. Eine kritische Bestandsaufnahme der deutschen Entwicklungspolitik. Internationales EUROSTEP-Projekt von Nichtregierungsorganisationen*, S. 6, 24.

Mittlerweile hat das BMZ zwei Berichte über die Fortschritte des Aktionsprogramms vorgelegt, aus denen u.a. hervorgeht, dass der Anteil armutsbekämpfender Maßnahmen inzwischen bei über 88% der bilateralen EZ-Maßnahmen liegt.¹² Dies liegt allerdings primär daran, dass kurzerhand alle möglichen Maßnahmen als armutsorientiert gekennzeichnet wurden: umwelt- und geschlechterpolitische ebenso wie sicherheitspolitische. Die eigentliche Zielgruppe der extrem Armen erhält jedoch kaum zusätzliche direkte Unterstützung, so dass von einer gezielten oder gar erfolgreichen Armutsbekämpfung kaum die Rede sein kann.¹³

Doch damit nicht genug. So schön sich diese Ziele anhören, es verbinden sich damit mindestens drei Probleme:

Erstens: Die Milleniumsziele gehen wie eine Dampfwalze über alle anderen in den 1990er Jahren erreichten Ansätze hinweg. Sie lenken alle politische Aufmerksamkeit und alle finanziellen Mittel auf sich und zwingen zur Unterordnung der u.a. auf der Weltfrauenkonferenz, den Menschenrechts- oder Weltsozialgipfel geforderten Ziele.

Zweitens: Diese erreichten Ansätze basierten stärker auf einem Rechtsansatz, und zielten tendenziell auf eine Mobilisierungs- und Empowermentwirkung. Die Milleniumsziele basieren demgegenüber auf einer Schmalspuragenda.¹⁴

Drittens: Ihr Charakter als Almosen unterstreicht die entpolitisierte Geste dieser Maßnahmen. Dabei lenken sie ab von der alten Erkenntnis: Wär'n wir nicht arm, wärt Ihr nicht reich.

Public-Private-Partnerships

Mit den Public-Private-Partnerships (PPP) hat das rotgrün regierte BMZ einen Ansatz der Vorgängerregierung aufgegriffen und ausgebaut: zum einen durch intensive Werbung bei der Privatwirtschaft, zum anderen durch die Einrichtung einer speziellen Finanzierung solcher Partnerschaftsprojekte. In den ersten Jahren sind so laut BMZ über 1000 Projekte in rund 70 Ländern eingeleitet worden, mit einem Mittelvolumen von etwa 4,7 Mrd. Euro, wovon knapp 3 Mrd. von Unternehmen

¹² Vgl. BMZ 2002: *Auf dem Weg zur Halbierung der Armut. Zwischenbericht über den Stand der Umsetzung des Aktionsprogramms 2015*, Bonn (BMZ Spezial Nr. 53); BMZ 2004b: *Auf dem Weg zur Halbierung der Armut. Zweiter Zwischenbericht über den Stand der Umsetzung des Aktionsprogramms 2015*, Bonn (BMZ Spezial Nr. 88), S. 11.

¹³ Vgl. Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) 2004: *Halbierung der extremen Armut. Der Beitrag des Aktionsprogramms 2015 der Bundesregierung zu den Millenniumszielen. Dritter Bericht*, Berlin, S. 11f.

¹⁴ Vgl. Wichterich, Christa: »Ein entwicklungspolitischer Katechismus. Die Milleniumsziele als globales Ethos unter neoliberalen Vorzeichen« sowie »Der genderpolitische Staubsaugereffekt«, in: *iz3w Nr. 285*, S. 22-24.

stammen.¹⁵ Auf den ersten Blick scheint die Einwerbung privater Mittel für Entwicklungsprojekte ein Erfolg gewesen zu sein. Allerdings kamen die mit einer Evaluierung beauftragten GutachterInnen des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik zu dem Schluss, dass eine positive Wirkung der Projekte nicht zu bestätigen sei: sie konstatierten Mitnahmeeffekte für die Konzerne und eine Vernachlässigung ärmerer Länder – vom Ausverkauf partizipatorischer Ansprüche mal ganz abgesehen.

Ziviler Friedensdienst

Die Ausbildung von zivilem Personal zur Krisenprävention und friedlichen Konfliktbearbeitung ist unbestreitbar eine positive Neuerung. Wenn allerdings die diesen Programmen zur Verfügung gestellten Finanzmittel noch nicht mal ein Tausendstel des Verteidigungshaushalts ausmachen, und wenn gleichzeitig versucht wird, die »Friedensfachkräfte« in eine keineswegs konsequent friedensorientierte außenpolitische Gesamtstrategie zu integrieren, dann dürfen auch Fragen nach einer Alibi-Funktion einerseits und einer Instrumentalisierung andererseits gestellt werden. Wenn tatsächlich »mit aller Kraft« eine an Krisenprävention orientierte Politik verfolgt würde, müsste sich dies jedenfalls auch hinsichtlich der Rüstungsexporte und der (Nicht-)Beteiligung an internationalen Militäreinsätzen widerspiegeln.

In dieser Hinsicht erwähnenswert ist der Sitz des BMZ im Bundessicherheitsrat (der über Rüstungsexportgenehmigungen entscheidet), der seit 2000 jährlich veröffentlichte Rüstungsexportbericht der Bundesregierung sowie die Neufassung der »politischen Grundsätze für Rüstungsexporte«. Die BRD hat auch unter der rot-grünen Regierung Kriegswaffen und andere Rüstungsgüter an menschenrechtsverletzende Staaten wie die Türkei, Saudi-Arabien und Indonesien geliefert. Deutschland zählt unverändert zu den weltweit führenden Waffenlieferanten.¹⁶

Vollends unglaublich wird die Behauptung »deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik«¹⁷ schließlich angesichts der Militarisierung der Außenpolitik unter der rot-grünen Regierung, die nicht nur im Luftkrieg gegen Jugoslawien mehr auf militärische Interventionen als auf Krisenprävention und zivile Mittel gesetzt hat und mit den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien die Durchsetzung deutscher Interessen überall auf der Welt zu ihrer Doktrin erhoben hat.¹⁸ Da können wahltaktisch motivierte Vorbehalte gegen den Irak-Krieg nicht viel retten.

15 Vgl. BMZ 2004a, S. 242.

16 Vgl. GKKE: *Rüstungsexportbericht*, verschiedene Jahrgänge, im Internet unter www.gkke.org

17 Aus dem Koalitionsvertrag 2002, vgl. E+Z, Jg. 43, Nr. 11, S. 301.

18 Vgl. Grässlin, Jürgen 2003: »Lizenz zum weltweiten Töten? Mit den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien wird die Bundeswehr zur global operierenden Interventionsarmee«, in *epd-Entwicklungspolitik* Nr. 16/17/2003, 33-37.

Fazit

Wenige, zaghafte und völlig unzureichende Schritte in die richtige Richtung (erweiterte Entschuldungsinitiative, Ziviler Friedensdienst, usw.) in der rot-grünen Regierungszeit verblassen neben den Quantensprüngen in die falsche (Durchsetzung deutscher Wirtschaftsinteressen im Welthandel, Umorientierung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit auf privatwirtschaftliche Jointventures usw.).

Die »globalen Strukturen« wurden in der weit überwiegenden Mehrzahl der Fälle nicht im Sinne der armen Bevölkerung der Drittstaaten gestaltet. Insgesamt erweist sich die Entwicklungspolitik unter Rot-Grün als nichts anderes als ihre Anpassung an die veränderten Kräfteverhältnisse von neoliberaler Globalisierung und neuer Weltordnung.

Dass eine solche konservative Transformation der Entwicklungspolitik unter einer rot-grünen Regierung und mit Heidemarie Wieczorek-Zeul einer ausgewiesenen Parteilinken auf dem Ministersessel erfolgt, sagt viel über die derzeitigen Machtverhältnisse aus. Die Perspektiven unter einer CDU-geführten Regierung sind noch düsterer.

Ausblick

Warum glaubt Ihr nicht an den Kapitalismus als die beste Möglichkeit, fragt man uns.

Wir fragen uns, woran die 100.000 glauben, die heute sterben.

Positive Veränderungen bedürfen daher vor allem außerparlamentarischer Ansatzpunkte. Denn nur wenn 100.000 Tote am Tag nicht mehr als unveränderliche Tatsache und Kollateralschaden eines Systems hingenommen werden, das uns angeblich nützt; nur wenn wir tatsächlich begreifen, dass in absoluten Zahlen noch nie, niemals zuvor auf der Erde so viele Männer, Frauen und Kinder unterjocht, ausgehungert und ausgelöscht wurden, kann Druck entstehen. Genug Druck, dass auch auf im Parlament Veränderungen durchgesetzt werden.